

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Landesvertretung Pensionisten Steiermark

Rundschreiben 01.2013

1. Beamte im Ruhestand stürzen über „Fiskalklippe“

„Die Presse“ berichtet am 13.01.2013, dass alleinverdienende Pensionisten mit einer monatlichen Bruttopension von zumindest 1.750 Euro trotz der mit 1. Jänner 2013 in Kraft getretenen Pensionserhöhung um 1,8 Prozent finanziell etwas abstürzen. Denn sie erhalten netto weniger Pension als im vergangenen Jahr. Dies betrifft nicht zuletzt auch Beamte im Ruhestand, es dürften insgesamt einige tausend Pensionsbezieher betroffen sein.

Der Grund, warum unterm Strich weniger Pension auf den Konten einiger tausend Pensionisten als Eingang verbucht wird, ist die seit längerem umstrittene Streichung des früheren sogenannten Alleinverdienerabsetzbetrages, der inzwischen als „besonderer Pensionistenabsetzbetrag“ ausgewiesen wird. Seit dem im Herbst 2010 geschnürten Sparpaket gilt ab einer Pension von 1.068 Euro brutto im Monat eine Einschleifregelung. Nach dieser läuft der steuerliche Absetzbetrag bei Pensionen, die über diesem Grenzbetrag liegen, sukzessive aus.

Die Folge dieser Regelung: Ein Bezieher einer Bruttopension von 1.750 Euro kam beispielsweise 2012 auf eine Nettopension von 1.455 Euro. Seit 2013 kommt zwar die Erhöhung um 1,8 % dazu, die Bruttopension steigt auf 1.781,50 Euro im Monat. Die Nettopension ist heuer dennoch um rund 25 Euro monatlich niedriger als im Vorjahr, weil der besondere Pensionistenabsetzbetrag nicht mehr genutzt werden kann.

Die Pensionistenvertreter vom SPÖ-Pensionistenverband und vom ÖVP-Seniorenbund unternehmen einen Vorstoß, damit zumindest in einer Übergangsphase keine zusätzlichen Einbußen entstehen, wenn schon generell im heurigen Jahr die Inflation nicht mehr abgegolten wird.

(Quelle: diepresse.com)

Da stellt sich die Frage: Können unsere o.a. Pensionistenvertreter solche „Klippen“ nicht vorher erkennen und dafür sorgen, dass sie nicht schlagend werden?

2. Die Enteignung der Sparer hat begonnen

Die traditionellen, relativ risikoarmen Geldanlagen der Österreicher sind zu Vermögensvernichtungsinstrumenten geworden. Laut einer Meldung in „Die Presse“ sind die Aktienkurse im Vorjahr in Österreich und Deutschland um rund 30 Prozent gestiegen. Die meisten Landsleute haben aber nichts davon, denn nur 13 Prozent der Österreicher haben Teile ihres Vermögens in Aktien oder Fonds investiert. Der Großteil der Spargroschen liegt auf Sparbüchern - und wird dort schnell kleiner. Denn die Enteignung der Sparer durch negative Realzinsen hat längst begonnen. Und sie wird sich heuer und in den kommenden Jahren fortsetzen.

3, 75 Prozent Zinsen müsste eine Geldanlage bei der zuletzt registrierten Inflationsrate von 2,8 Prozent bringen, um nach Abzug der Kapitalertragssteuer das angelegte Ersparte real zu erhalten, erst darüber beginnt die echte Verzinsung.

„Finanzielle Repression“ nennen Fachleute diese Form der kalten Enteignung - und sie ist politisch durchaus gewollt. Die Staatsschulden sind nämlich in allen wichtigen Industrieregionen - Europa, USA, Japan - außer Kontrolle geraten und haben einen Stand erreicht, der sich durch normale Einsparungen nicht mehr ausreichend korrigieren lässt.

Alle Maßnahmen, die zu einer deutlichen Staatsschuldenreduzierung in überschaubarer Zeit führen, haben brachialen Charakter: Enteignung von Vermögenden würde wohl zu erheblichen Widerständen führen. Eine starke Inflation hätte den gleichen Effekt wie eine Zwangsabgabe, weil es einerseits Vermögen und andererseits Schulden entwertet und damit real abbaut. Nur ist dieses Instrument schwer zu beherrschen, weil daraus leicht eine zerstörerische Hyperinflation entstehen könnte.

Die dritte Methode ist, Zinsen über längere Zeit künstlich unter die (moderate) Inflationsrate zu drücken. Das ist der Weg, für den sich offenbar die USA und die EU (EZB) entschieden haben. Es ist der „sanfteste“ Weg, Schulden zu entwerten, weil ihn die Menschen nicht gleich bemerken.

Die „Welt am Sonntag“ hat das kürzlich so formuliert: „Die Sparer geben Jahr für Jahr ein Stück von ihrem Wohlstand ab. Sie akzeptieren eine solche Enteignung nicht nur, sie sind auch noch zufrieden damit.“ Denn nominell steigt das Geldvermögen ja weiter, man bekommt nur weniger dafür. Das ist die Situation, auf die wir uns für längere Zeit einstellen müssen.

(Quelle: diepresse.com)

3. Servicehandbuch für GÖD-Pensionisten

Das Servicehandbuch Für GÖD-Pensionisten wird derzeit überarbeitet und soll voraussichtlich im Mai 2013 erscheinen. Es wird österreichweit allen 48.000 GÖD-Pensionistinnen und -Pensionisten automatisch im Postweg zugestellt werden.

Die im Handbuch - Ausgabe 2009 - enthaltenen rechtlichen Beiträge entsprechen aber im Wesentlichen noch der bestehenden Rechtslage. Das Berichtigungs- und Ergänzungsblatt 2013 ist diesem Rundschreiben beigelegt.

(Quelle: goed.penspower.at)